

# Leitantrag der Bundesprogrammkommission zur Debatte über die künftige Ausrichtung der Alternative für Deutschland in Fragen der Sozialpolitik

*-Stand 12.02.2020-*

## Präambel

Die AfD bekennt sich zum Sozialstaat, der sozialen Marktwirtschaft und zur Solidarität und gegenseitigen Hilfe innerhalb unseres Volkes. Unter Anerkennung der enormen Leistung der Nachkriegsgeneration beim Aufbau unseres Landes und insbesondere der Ausgestaltung der Sozialsysteme, ist festzustellen, dass sich seit vielen Jahren große Veränderungen in der Struktur unseres Bevölkerungsaufbaus (Demographie) entwickelt haben, die gewaltige Auswirkungen auf unsere sozialen Sicherungssysteme haben. Von einem Land mit Geburtenüberschuss bis Ende der 60er Jahre haben wir uns seit Beginn der 70er Jahre kontinuierlich zu einem der Länder mit der weltweit niedrigsten Geburtenrate verändert.

Die Politik der folgenden Jahrzehnte hat dieses Thema bewusst unterdrückt und sich damit eines epochalen politischen Versagens schuldig gemacht, welches nunmehr dazu führt, dass in absehbarer Zeit die Funktionsfähigkeit großer Teile unseres Sozialstaates in Gefahr ist. Alle Berechnungen zeigen, dass insbesondere die Rentenversicherung dringend reformbedürftig ist. Erhebliche Einschnitte stehen uns bevor und je länger sie hinausgezögert werden, desto tiefer und schmerzhafter werden sie uns alle treffen. Doch statt einer offenen und ehrlichen Debatte über die Fakten und das Machbare, wird der Bevölkerung vorgegaukelt, dass sich die Probleme mit schmerzfreien Anpassungen beheben lassen.

Die AfD ist die einzige Partei im Bundestag, die für diese Situation keine politische Verantwortung trägt. Es muss festgestellt werden, dass die öffentliche Debatte von den Versuchen der anderen Parteien geprägt ist, die eigenen Fehler zu vertuschen und die tatsächliche Situation zu verschleiern. Es darf aber nicht primär um die Suche nach Schuldigen gehen. Stattdessen müssen wir konstruktive und gesellschaftlich tragfähige Lösungen finden. Dazu benötigen wir Mut zur Wahrheit.

Die Ursache für die Verwerfungen in unseren Sozialsystemen ist die Demografische Katastrophe. Insbesondere die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung beruhen auf der Voraussetzung, dass nachfolgende Generationen mindestens ähnlich groß sind, wie die vorhergehenden. Dies ist wegen des Geburteneinbruchs seit Anfang der 70er Jahre nicht mehr der Fall. Spätestens Anfang der 80er Jahre war absehbar, dass es sich bei dieser Entwicklung um einen dauerhaften Trend handelt. Zu dieser Zeit hätte mit einer aktivierenden Familienpolitik und großen staatlichen Kapitalansammlungen reagiert werden müssen. Dies ist bis heute unterblieben und wird jetzt die Funktionseinschränkung insbesondere des staatlichen Rentenversicherungssystems herbeiführen. Diese bedeutet vor allem, dass zukünftige Rentnergenerationen nicht mehr wirkungsvoll vor Altersarmut geschützt werden. Der vorliegende Leitantrag will einen Weg aus der Demografischen Katastrophe skizzieren, um die Ursache der Schieflage langfristig zu beheben und zudem einen Beitrag dazu leisten, die drohende Altersarmut zu vermeiden.

Da die Maßnahmen zur Verbesserung der demographischen Situation in Deutschland erst mit einer Verzögerung von ca. 30 Jahren wirksam werden, ist es Aufgabe der Politik, die soziale Infrastruktur unter erschwerten Bedingungen funktionsfähig zu halten.

44

## Die Demografische Katastrophe und ihre Ursachen

45

Die Geburtenrate liegt in Deutschland seit Mitte der 70er Jahre weit unterhalb des Niveaus von 2,1 Kindern, welches zum Bestandserhalt der arbeitenden Generationen erforderlich wäre. Bei einer Geburtenrate von 1,5 Kindern schrumpft ein Volk um ca. 30% pro Generation, was zu einem Zusammenbruch der Sozialversicherungssysteme führen muss und den kulturellen Erhalt gefährdet.

46

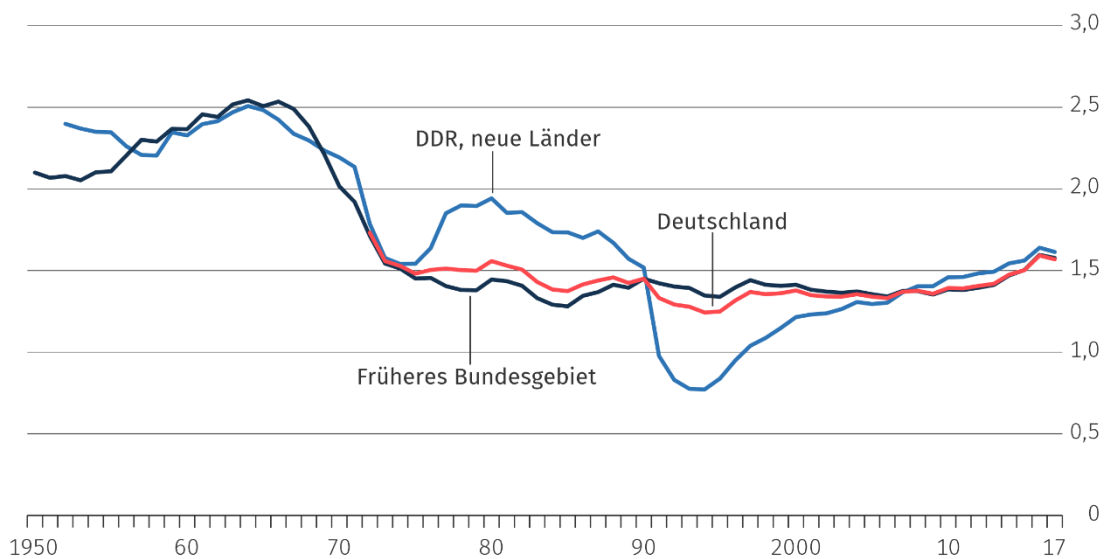
47

48

49

Zusammengefasste Geburtenziffer

Kinder je Frau nach Kalenderjahren



Ab 2001 früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West bzw. neue Länder ohne Berlin-Ost

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2019

50

Für den Geburtenrückgang werden vor allem zwei Gründe angeführt: Die Erfindung der Anti-Babypille (Pillenknick) und der damit verbundenen besseren Steuerung der Familienplanung, sowie das demografische Paradoxon, welches besagt, dass mit zunehmendem Wohlstand die Geburtenrate zurückgeht. Beide Gründe sind auch in anderen Ländern zu beobachten und haben unbestritten Einfluss auf Geburtenrückgang. Als vollständige Erklärung reichen sie aber bei weitem nicht aus. Nachfolgend soll untersucht werden, welche weiteren Faktoren evident sind.

51

52

53

54

55

56

57

Kinder sind sinnstiftend und eine enorme Bereicherung jeder Ehe und Partnerschaft. Sie sind die Zukunft unseres Volkes und weitere Glieder in der langen Kette aufeinanderfolgender Generationen. Gerade vor diesem Hintergrund erfolgt die Untersuchung der Ursachen für Kinderlosigkeit und -armut.

58

59

60

### 61 1. Finanzielle Gründe

62

Familien werden in Deutschland finanziell gleich mehrfach belastet: Durch die direkten Kosten, die Kinder für Wohnraum, Essen, Transport, Urlaub, Ausbildung usw. verursachen.

63

64

Durch den temporären oder langfristigen Einkommensverzicht der Eltern während der Baby-

65 pause oder Teilzeitarbeit eines Elternteils, sowie dem damit verbundenen späteren Einkom-  
66 mensverzicht, der mit Babypause oder Teilzeitbeschäftigung typischerweise verbunden ist.  
67 Darüber hinaus durch die Risiken bei einem Wiedereinstieg ins Berufsleben. Hinzu kommen  
68 die geringeren Rentenansprüche, die sich aus einem geringeren Einkommen während der Er-  
69 ziehungszeit ergeben.

70 Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Eltern die Kosten für die Kinder tragen, die spä-  
71 ter die höheren Renten für die Kinderlosen erwirtschaften. Die Kosten werden individuali-  
72 siert, die späteren Erträge in Form von Rentenbeiträgen und Steuern werden vergesellschaft-  
73 tet. Diese elementare Ungerechtigkeit der Lastenverteilung wurde mit der Rentenreform  
74 1957 eingeführt und bedarf einer dringenden Korrektur.

## 75 2. Mehrarbeit, Zeit und Kraft

76 Neben der finanziellen Belastung kommt die Belastung durch zusätzliche Arbeit, z.B. durch  
77 Pflege und Aufsicht bei Kleinkindern, durch Hausarbeitenbetreuung bei Schulkindern und  
78 Wertevermittlung bei Jugendlichen hinzu, um nur wenige Punkte zu nennen. Des Weiteren  
79 zehren altersbedingte Konflikte wie Trotzphasen oder die Loslösung in der Pubertät an den  
80 Kräften. Diese Faktoren werden erheblich verstärkt, wenn sie arbeitsbedingt auf den Feier-  
81 abend konzentriert werden und stehen dann besonders den vielen positiven Glücksmomen-  
82 ten mit Kindern entgegen. Dies hat bei Entscheidungen für oder gegen ein Kind bzw. ein wei-  
83 teres Kind erhebliche Relevanz.

## 84 3. Gesellschaftliche Anerkennung

85 Das Verhalten in einer Gesellschaft ist stark geprägt von der Anerkennung oder Geringschät-  
86 zung bestimmter Handlungsmuster. In Deutschland wird dabei Familienarbeit vielfach ab-  
87 schätzig bewertet. Die Bezeichnung des Erziehungsgeldes als „Herdprämie“ durch viele linke  
88 Politiker ist dabei entlarvend und eine Beleidigung für alle Frauen und Männer, die mit gro-  
89 ßer Hingabe ihre Kinder selbst aufziehen, statt sie in eine Krippe oder Kita zu geben. Hinzu  
90 kommt ein vermeintlicher „Feminismus“, der den Wert von Frauen ausschließlich an ihrer  
91 beruflichen Karriere bemisst und abweichende Lebensentwürfe als „altbacken“ und „rück-  
92 ständig“ diffamiert. Dadurch wird in Familien und Freundeskreisen ein starker Konformi-  
93 tätsdruck aufgebaut, der zynischerweise auch noch als bunt, divers und vielfältig verkauft  
94 wird.

## 95 4. Partnerschaft und Familie

96 Eine stabile Ehe oder Partnerschaft ist der Kern einer gesunden Familie und die Basis für die  
97 Geburt von Kindern. In diesem Bereich hat der gesellschaftliche Wandel erhebliche Schäden  
98 hinterlassen. In einer zunehmend auf die eigene Bedürfnisbefriedigung ausgerichteten, hedo-  
99 nistischen Gesellschaft ist die Bereitschaft naturgemäß gering, zugunsten einer stabilen Ehe  
100 auf eigene Wünsche zu verzichten. Entsprechend hoch ist die Trennungsrate.

101 Ebenfalls ist eine abnehmende Religiosität zu beobachten, die statistisch immer mit einer ge-  
102 ringeren Geburtenrate einhergeht. Zum einen ist das auf eine geringere konfessionelle Bin-  
103 dung zurückzuführen, zum anderen auch durch eine Abkehr der großen Landeskirchen von  
104 einer spirituellen hin zu einer weltlich-politischen Ausrichtung.

105 Weitere Belastungen für Familien gehen von einer höheren Mobilität im Arbeitsleben aus,  
106 die zu häufigeren Umzügen oder sogar getrennten Aufenthaltsorten führen. Negative Vorbil-  
107 der in den Medien runden das Bild ab.

108 Allen Belastungen zum Trotz zeichnet sich in den letzten Jahren eine stärkere Hinwendung  
109 der Jugend zu mehr Familiensinn ab. Auch die rückläufige Scheidungsquote gibt Anlass zur  
110 Hoffnung, dass hier bereits eine zarte Korrekturbewegung stattfindet.

## 111 5. Abtreibungen

112 Trotz einer leicht sinkenden Abtreibungsrate werden in Deutschland jährlich rund 100.000  
113 werdende Kinder abgetrieben, was der Zahl der Einwohner einer Großstadt entspricht. Gera-  
114 dezu absurde Begrifflichkeiten wie „Schwangerschaftsunterbrechung“ für Kindstötung oder  
115 „Zellhaufen“ für ungeborenes Leben verstärken die Unkenntnis über das Entwicklungssta-  
116 dium und den Rechtsstatus der abgetriebenen Kinder. Es wird ausschließlich das Recht der  
117 Mutter über ihren Körper in den Vordergrund gerückt ohne das Lebensrecht des ungebore-  
118 nen Kindes abzuwägen. Die verpflichtende Beratung ist in vielen Fällen zu einem formalen  
119 Verwaltungsakt degeneriert und befördert eine Bagatellisierung dieses Vergehens bei ent-  
120 sprechender Erwartungshaltung der Gesellschaft.

## 121 Maßnahmen zur Demografischen Wende

122 Während sich alle anderen im Bundestag vertreten Parteien mit der Demografischen Kata-  
123 strophe arrangiert haben und damit seit ca. 50 Jahren den stark zeitverzögerten Zusammen-  
124 bruch unserer Sozialsysteme billigend in Kauf nehmen, fordert die AfD die Demografische  
125 Wende. Eine Steigerung der Geburtenrate auf ein bestandserhaltendes Niveau von 2,1 Kin-  
126 dern pro Frau ist die einzige Möglichkeit zur Stabilisierung und zum Erhalt unserer Sozial-  
127 systeme, aber auch zur Bewahrung unserer Kultur und zum Fortbestand unseres Volkes. Dies  
128 ist nur durch eine aktivierende Familienpolitik möglich. Je früher das gelingt, desto geringer  
129 werden die Einschnitte in der Rentenversicherung, sowie in der Pflege- und Krankenversi-  
130 cherung ausfallen.

### 131 1. Leistungsfähigkeit der Familien erhalten

132 Insbesondere Familien der mittleren Einkommensschicht werden in Deutschland steuerlich  
133 stärker belastet als in fast allen anderen europäischen Ländern. Die Geburtenrate ist bei die-  
134 sen Familien erschreckend gering. Die AfD möchte mit dem steuerlichen Familiensplitting  
135 hier einen Paradigmenwechsel einleiten. Ergänzend sollen Eltern zur Herstellung der Lasten-  
136 gerechtigkeit bei der Geburt jeden Kindes eine Rückzahlung bereits entrichteter Rentenbei-  
137 träge erhalten bzw. von zukünftigen Beiträgen in entsprechender Höhe freigestellt werden,  
138 ohne dass die spätere Leistung gekürzt wird. Abgerundet wird das Maßnahmenpaket durch  
139 einen früheren Renteneinstieg in Abhängigkeit der Kinderzahl.

### 140 2. Familien unterstützen

141 Zahlreiche Umfragen belegen, dass sich viele junge Eltern in Deutschland statt Mehrfachbe-  
142 lastung und Rollenkonflikten mehr Zeit für ihre Kinder wünschen. Gerade bei Kindern unter  
143 3 Jahren ist dies sinnvoll, da eine Fremdbetreuung mit Entwicklungsrisiken verbunden ist  
144 (Großstudie „NICHD study of early child“ care, 1991 und 2007 an mehr als 1.300 Kindern).  
145 Die AfD möchte für diese Zeit ein Betreuungsgehalt einführen, das sich als Lohnersatzlei-  
146 stung an dem bisherigen Nettolohn orientiert und die ersten drei Jahre abdeckt. Nur so kann  
147 eine echte Wahlfreiheit zwischen Fremdbetreuung und eigener Erziehung hergestellt werden.  
148 Neben den Eltern sollen auch Großeltern antragsberechtigt sein.

149 Das Kindergeld soll in der vorhandenen Form beibehalten werden, die vielfältigen Miss-  
150 brauchsmöglichkeiten müssen aber unterbunden werden. Für im Ausland lebende Kinder  
151 darf z.B. nur der dort übliche Betrag gezahlt werden.

152 Für junge Familien und Familien, die nicht von der Lastengerechtigkeit (Rückzahlung der  
153 Rentenbeiträge bei Geburt) profitieren, sollen die Erstanschaffungen bei Familiengründung  
154 durch einen Ehe-Start-Kredit unterstützt werden. Bafög-Empfängern soll bei einer Geburt  
155 während der Ausbildung bzw. während des Studiums die Rückzahlung erlassen werden.

156 Der Wiedereinstieg von Eltern nach der Babypause soll durch nach Kinderzahl gestaffelte  
157 Lohnsubventionen an die Arbeitgeber vereinfacht werden. Mit einsetzender Wirkung der ak-  
158 tivierenden Familienpolitik, muss familienfreundlicher Wohnraum gefördert werden, vor al-  
159 lem für Mehrkinderfamilien.

### 160 3. Familienfreundliches Deutschland

161 Eine kinderfreundliche Gesellschaft soll als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen wer-  
162 den. Das würde Familien substanziell stärken, im Gegensatz zur Aufnahme von Kinderrech-  
163 ten, die nur die Herrschaft des Staates über die Kinderbetten sichern sollen.

164 Anstatt Eltern nach der Geburt so schnell wie möglich wieder voll ins Berufsleben zu integrie-  
165 ren, sollte eine bindungsorientierte Erziehung gefördert werden, u.a. durch die Aufklärung  
166 der Risiken bei der Fremdbetreuung während der ersten 3 Lebensjahre.

167 Gleichstellungsbeauftragte sollen durch Familienbeauftragte ersetzt werden, die familien-  
168 freundliche Entscheidungen sicherstellen und somit die aktivierende Familienpolitik unter-  
169 stützen. Staatliche Leistungen und Verwaltungsabläufe sollen systematisch auf Familien-  
170 freundlichkeit untersucht und angepasst werden.

171 Über soziales Marketing soll für Familiengründungen geworben und über die damit verbun-  
172 denen Leistungen informiert werden.

### 173 4. Stabile Partnerschaften / Glückliche Familien

174 Alle Bestrebungen zur Frühsexualisierung der Kinder im Kindergarten oder in der Grund-  
175 schule müssen wirksam unterbunden werden. Dort wo über Gender Mainstreaming versucht  
176 wird, Kinder und Jugendliche in ihrer sexuellen Identität zu verwirren oder die beiden Ge-  
177 schlechter als gesellschaftliche Konstrukte dargestellt werden, müssen die Inhalte auf streng  
178 wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse zurückgeführt werden. Das bedeutet nach aktuellem  
179 Stand eine Einstellung des Marketings für Gender Mainstreaming.

180 Ehe und Partnerschaft soll als Inhalt in die Lehrpläne aufgenommen werden. Jugendliche  
181 sollten früh über den Wert einer stabilen Partnerschaft und Familie informiert werden und  
182 ihnen sollten die kommunikativen Fähigkeiten vermittelt werden, dies zu erreichen.

183 Im Fall von Trennungen soll die gemeinsame Erziehung gefördert werden. Die Väterrechte  
184 sollen so gestärkt werden, dass auch Trennungskinder mit Bezugspersonen beider Geschlech-  
185 ter aufwachsen.

### 186 5. Willkommenskultur für Kinder

187 Schwangerschaftsberatungen müssen in Zukunft flächendeckend ergebnisoffen und mit  
188 transparenten Qualitätsstandards durchgeführt werden. Dabei ist insbesondere über den  
189 Entwicklungsstand der ungeborenen Kinder, z.B. über Ultraschallbilder zu informieren.

190 Ebenfalls muss über mögliche Spätfolgen einer Abtreibung aufgeklärt werden, wie z.B. das  
191 Post-Abortion-Syndrom (PAS).

192 Adoptionen müssen vereinfacht werden, um als Alternative zur Kindstötung stärker in Be-  
193 tracht gezogen zu werden. Darüber sollte eine Meldepflicht für Abtreibungen eingeführt wer-  
194 den, um gesicherte Statistiken zu erhalten.

## 195 6. Zuwanderung ist keine Lösung

196 Die demografische Situation in Deutschland wird oft als Argument für eine massive Zuwan-  
197 derung verwendet. Leider erfolgt dies grundsätzlich ohne Nennung von Zahlen und Fakten.  
198 Laut einer Berechnung der UN müssten jährlich 3,4 Mio. Migranten einwandern, um den für  
199 die Rentenversicherung so wichtigen Altersquotienten konstant zu halten (*Quelle: United*  
200 *Nations Population Division, Replacement Migration: Is It a Solution to Declining and*  
201 *Ageing Populations?, New York, 2011*). Soll diese massive Zuwanderung zur Stabilisierung  
202 der Sozialversicherungen beitragen, müssten die Migranten das gleiche Durchschnittsein-  
203 kommen aufweisen, wie die deutsche Bevölkerung. Gerade in diesem Segment hat Deutsch-  
204 land aber eine Nettoabwanderung, weil hochqualifizierte Arbeitskräfte in anderen Ländern  
205 offensichtlich bessere Lebensbedingungen vorfinden als in Deutschland. Dieser Lösungsweg  
206 erweist sich insofern als unrealistisch. In der Vergangenheit erfolgte demgegenüber eine  
207 massive Zuwanderung von Geringqualifizierten, die die Sozialsysteme zusätzlich belasten  
208 und damit das Problem vergrößern.

209 Unabhängig von den reinen quantitativen Betrachtungen, müssen bei den im Raum stehen-  
210 den Zuwanderungszahlen aber natürlich auch die kulturellen und zivilisatorischen Änderun-  
211 gen berücksichtigt werden, die durch Migration verursacht werden und bereits heute unser  
212 Land spürbar verändern.

## Die Bedeutung von Kultur, Bildung und Forschung für den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme

213

214

215 Deutschland pflegt seit Jahrhunderten sein Kulturerbe beginnend mit der deutschen Sprache  
216 aber auch seinem Arbeitsethos, seine Wissenskultur, seinen enormen Erfindungsreichtum,  
217 seine Schaffenskraft. Arbeitsverständnis, Leistungsbereitschaft und -gerechtigkeit sind iden-  
218 titätsstiftend. Zu unserer Kultur gehören selbstverständlich die schönen Künste, Traditionen,  
219 Wettbewerb, lokale Besonderheiten. Vor allem auch das Ehrenamt, die Freiwilligendienste,  
220 Vereinsarbeit sowie tradierte Werte und Tugenden wie Gemeinsinn, Eigenverantwortung,  
221 Ordnung, Disziplin, Fleiß, Pünktlichkeit und Tatkraft zählen dazu.

222 Deutschland ist ein Land ohne große Rohstoffvorkommen. Die Grundlage unseres wirtschaft-  
223 lichen Erfolges liegt in der Produktivität der großen Industriekonzerne und vielen Klein- und  
224 mittelständischen Unternehmen. Ihr Erfolg ist die wesentliche Voraussetzung dafür, dass der  
225 Staat Steuern und Abgaben erheben kann, um damit die sozialen Sicherungssysteme auf  
226 Dauer zu erhalten. Umgekehrt muss der Staat die Rahmenbedingungen schaffen, dass junge  
227 Menschen ihren Fähigkeiten entsprechend lernen und ausgebildet werden, dass sie die An-  
228 forderungen einer hochmodernen Arbeitswelt erfüllen können. Dieser Aufgabe wird der Staat  
229 immer weniger gerecht, wie der Nationale Bildungsbericht von 2018 anschaulich darlegt.

230 Demnach haben 17 Prozent der arbeitsfähigen Erwachsenen in Deutschland gar keinen be-  
231 ruflichen Abschluss. In einigen westdeutschen Bundesländern, etwa in Nord-Rhein-Westfa-  
232 len und Bremen, sind es sogar über 20 Prozent. In Ostdeutschland sind hingegen nur 7 Pro-  
233 zent der Erwachsenen ohne Berufsabschluss.

234 Die Ursachen für diese Diskrepanzen und das Abschmelzen deutscher Tugenden sind zum  
235 einen in der verfehlten Bildungspolitik der über Jahrzehnte rot-grün regierten Länder zu su-  
236 chen. Zum anderen erklären sich die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland  
237 durch die Zuwanderung von wenig gebildeten und gering qualifizierten Migranten seit den  
238 60er Jahren, von der die ostdeutschen Länder nicht betroffen waren. Kinder dieser Migran-  
239 ten, insbesondere aus der Türkei und dem arabischen Raum bringen eine andere Kultur mit  
240 sich, die auch im Gastland an den Nachwuchs weitergegeben wird. So haben Migranten auch  
241 noch in der zweiten und dritten Generation deutlich schlechtere Leistungen als Schüler ohne  
242 Migrationshintergrund, wie die regelmäßigen PISA-Vergleiche zeigen. Unser Bildungssystem  
243 ist laut offizielle Bildungs- und Migrationsberichten offenbar nicht in der Lage, auch über ei-  
244 nen längeren Zeitraum diese Nachteile auszugleichen und unsere Kultur, Bildung und Wis-  
245 sen zu vermitteln.

246 Der Nationale Bildungsbericht (2018) weist aus, dass 37 Prozent aller Migranten keinen  
247 Berufsabschluss haben. Betrachtet man nur die Zuzugsjahre ab 2014 waren 53 Prozent ohne  
248 Abschluss. Bei den Herkunftsländern Türkei, Syrien, Irak und Afghanistan waren fast 70 Pro-  
249 zent ohne Berufsabschluss. Von der Gruppe der "Schutz- und Asylsuchenden" hatten 76 Pro-  
250 zent gar keine Ausbildung (Nationaler Bildungsbericht 2018, S. 56).

251 Derzeit sieht es danach aus, dass nach dem Willen der Bundesregierung und der etablierten  
252 Parteien ein großer Teil dieser Migranten in Deutschland bleiben soll. Man kann sich leicht  
253 ausmalen, was dies angesichts der oben dargestellten Problematik zuerst für unser Bildungs-  
254 system und dann auch für die sozialen Sicherungssysteme bedeutet: Der überwiegende Teil  
255 dieser Migranten wird im Bildungssystem scheitern, keine qualifizierten Tätigkeiten über-  
256 nehmen können und dauerhaft auf staatliche Transferleistungen angewiesen sein. Deren  
257 Kosten, die von der „schon länger hier lebenden“ Bevölkerung getragen werden sollen, sind

258 eine Hypothek für die gesamte staatliche Entwicklung als Bildungs- und Technologiestand-  
 259 ort.

260 Bildungsstand und Bildungsfähigkeit müssten deshalb zentrale Kriterien bei einer derzeit  
 261 noch nicht erkennbaren Migrationsstrategie der Bundesregierung sein. Die derzeitige Politik  
 262 führt hingegen zu einer Abwanderung von gut ausgebildeten Leistungsträgern.

263 Auch unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen kommt eine entscheidende Rolle  
 264 zu, wenn es um den langfristigen Erhalt der sozialen Sicherungssysteme geht. Industrie und  
 265 Forschung ist dringend auf hochqualifiziertes Personal angewiesen, das nur zu einem gering-  
 266 eren Anteil aus dem Ausland angeworben werden kann und sollte.

267 Wir sehen mit Sorge, dass die Leistungen deutscher Schüler nur noch ein Mittelmaß errei-  
 268 chen. In der Mathematik, deren Verständnis grundlegend für technische Innovationen ist,  
 269 liegen diese unter dem OECD-Durchschnitt und weit hinter Japan und Korea.

<b>Teilnehmer</b>	<b>Punktzahl</b>
Singapur	618
Südkorea	608
Japan	593
USA	539
Durchschnitt OECD	528
Deutschland	522

270 *Testergebnisse TIMMS 2015*

271 Die jährlichen Ausgaben für die Bewältigung der Asyl- und Migrationsfolgen übersteigen laut  
 272 Angaben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung inzwischen dessen gesamten  
 273 Etat. Statt Investitionen in die Asyl- und Migrationsindustrie brauchen wir massive Investiti-  
 274 onen in Kultur, Bildung und Forschung, wenn wir die Leistungsfähigkeit unserer Sozialsys-  
 275 teme langfristig erhalten wollen und eine markante kulturelle Schwerpunktsetzung.

276 Bildungsinstitutionen müssen sich wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren: Den jeweili-  
 277 gen Potenzialen entsprechende Vermittlung und Weitergabe von Wissen, Kompetenz und  
 278 Kultur in politisch neutraler und äußerlich differenzierter Umgebung.

279 Mündige, selbstdenkende Staatsbürger zu bilden, ist oberstes Bildungsziel. Die zunehmende  
 280 Politisierung durch Projekte wie das familienzerstörende Gendermainstreaming, Frühsexua-  
 281 lisierung, „Schule mit Courage, Schule gegen Rassismus“ und „Demokratie leben“ ist sofort  
 282 zu beenden.

283 Bildungsexperimente wie die Einheitsschule und die Inklusion um jeden Preis sind nicht bil-  
 284 dungsgerecht und verhindern, dass junge Menschen zu der für sie besten Bildung gelangen  
 285 können. Die sozialen Sicherungssysteme werden die Folgelasten nicht tragen können. Eine  
 286 nachhaltige Verarmung und Verelendung breiter Bevölkerungsschichten wird die unabweis-  
 287 bare Folge sein.



### 289 Die Ausgangslage

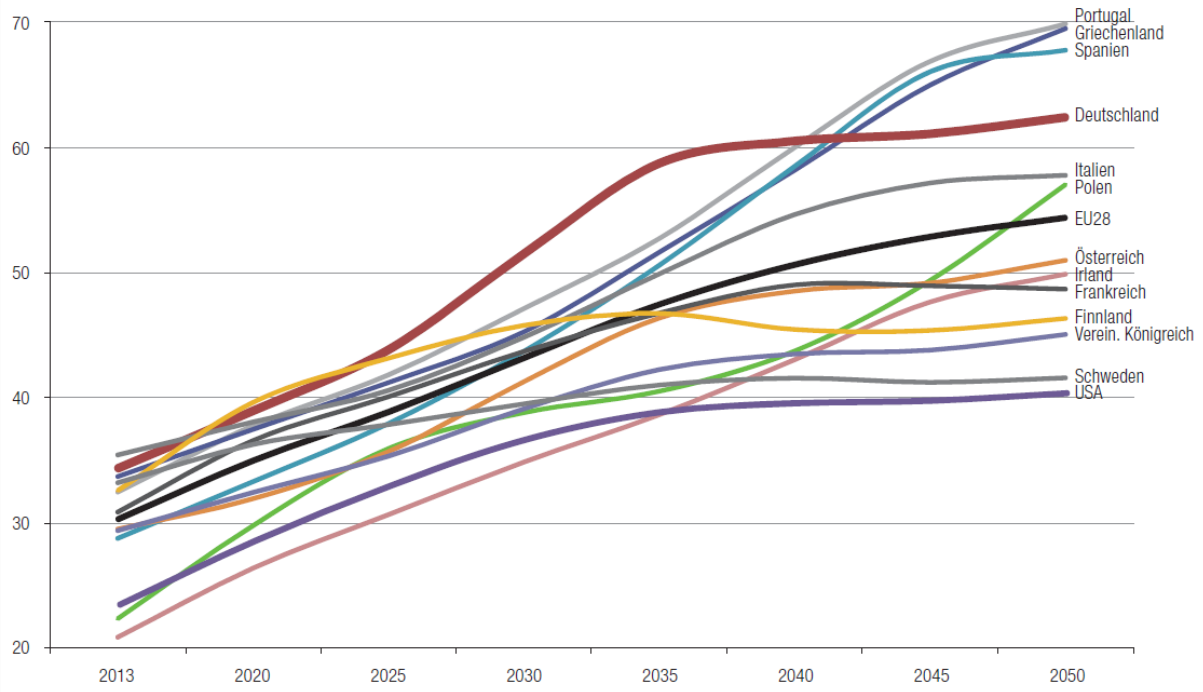
290 Die gesetzliche Rentenversicherung ist das größte Sozialversicherungssystem unseres Staa-  
291 tes. 2018 gehörten ihm auf der Aktivseite 55 Millionen Menschen an. Auf der Passivseite, als  
292 Leistungsempfänger, standen denen 21 Millionen Rentner gegenüber, von denen 4,1 Millio-  
293 nen mehrfache staatliche Renten bezogen. Es gab daher 25 Millionen Rentenleistungsfälle.  
294 Das Verhältnis von Beitragszahlern zu Altersrentnern betrug 1962 6 zu 1, 1992 2,7 zu 1 und  
295 2017 2,1 zu 1. Die Zahl der Leistungsfälle betrug 1990 15 Millionen und ist seither Jahr für  
296 Jahr, insgesamt in dieser Zeit um 60 %, angestiegen bis auf das heutige Niveau und dies bei  
297 einer ungefähr gleich großen Gesamtbevölkerung. Zudem hat sich die durchschnittliche  
298 Dauer der Rentenleistungszeit über die Jahrzehnte stetig erhöht, insbesondere deswegen,  
299 weil sich die durchschnittliche Lebenszeit der Rentner beiderlei Geschlechts stetig erhöht  
300 hat. Sie stieg von rund 70 Jahren in den 60er Jahren auf heute rund 80 Jahre an. Dem ge-  
301 genüber hat sich das faktische Renteneintrittsalter seit den 60er Jahren lediglich von rund  
302 60 auf 64 Jahre erhöht. Beides zusammengenommen führt zu einer Verlängerung der Ren-  
303 tenleistungsdauer von 10 Jahren im Jahr 1966 auf 20 Jahre im Jahr 2018, sonach zu einer  
304 Verdopplung.

305 Die Einnahmen der Deutschen Rentenversicherung (DR) betragen 2018 312 Mrd. Euro, de-  
306 nen Ausgaben in Höhe von 307 Mrd. gegenüber standen. Dabei hat die Einnahmeseite zwei  
307 Besonderheiten, die bei allen anderen sozialen Sicherungssystemen nicht vorkommen. Der  
308 Hauptteil der Einnahmen, etwa 70 %, stammt aus Beiträgen, die von den Versicherungsneh-  
309 mern (sog. aktiv Versicherte) aufgebracht werden, die selbst noch keine Rentenleistung be-  
310 ziehen. Die restlichen 30 % der Einnahmen werden als Transferleistungen aus dem Bundes-  
311 haushalt geleistet, ein Betrag von etwa 90 Mrd. Euro. Das bedeutet, dass die Rentenleistun-  
312 gen von den Generationen der Erwerbstätigen finanziert werden, bezüglich der Beiträge voll-  
313 ständig und bezüglich der Steuertransferleistungen zum überwiegenden Teil. Daher der Be-  
314 griff des Generationenvertrags für diese Art der Finanzierung.

315 Die dargestellte Unterteilung der Bevölkerung in eine Gruppe der Rentenfinanzierer und eine  
316 andere der Rentenbezieher hat zur Folge, dass für die Lastentragung der erwerbstätigen Be-  
317 völkerung von entscheidender Bedeutung ist, wie groß diese Gruppe der Beitragszahler im  
318 Verhältnis zur Zahl der Rentner ist. Je größer die Population der erwerbstätigen Bevölkerung  
319 im Verhältnis zur Rentnerpopulation ist, desto leichter lässt sich die Finanzierungslast eines  
320 solchen Umlagesystems tragen und umgekehrt. Daher kommt dem Größenverhältnis der bei-  
321 den Gruppen zueinander und seiner generativen Veränderung eine entscheidende Bedeutung  
322 zu. Die Stärkeverhältnisse dieser beiden Gruppen zueinander werden in einem „Altenquoti-  
323 enten“ ausgedrückt. Er stellt die Kopfstärke der Rentnergenerationen zur Größe der Genera-  
324 tionen der Menschen im erwerbsfähigen Alter in einer Prozentzahl dar, konkret die Popula-  
325 tion der Über-65-Jährigen im Verhältnis zur Population der 20 bis 64-Jährigen.

### Veränderung des Altenquotienten in EU/USA 2013–2050 (Anzahl der über 65-Jährigen auf 100 20- bis 64-Jährige)

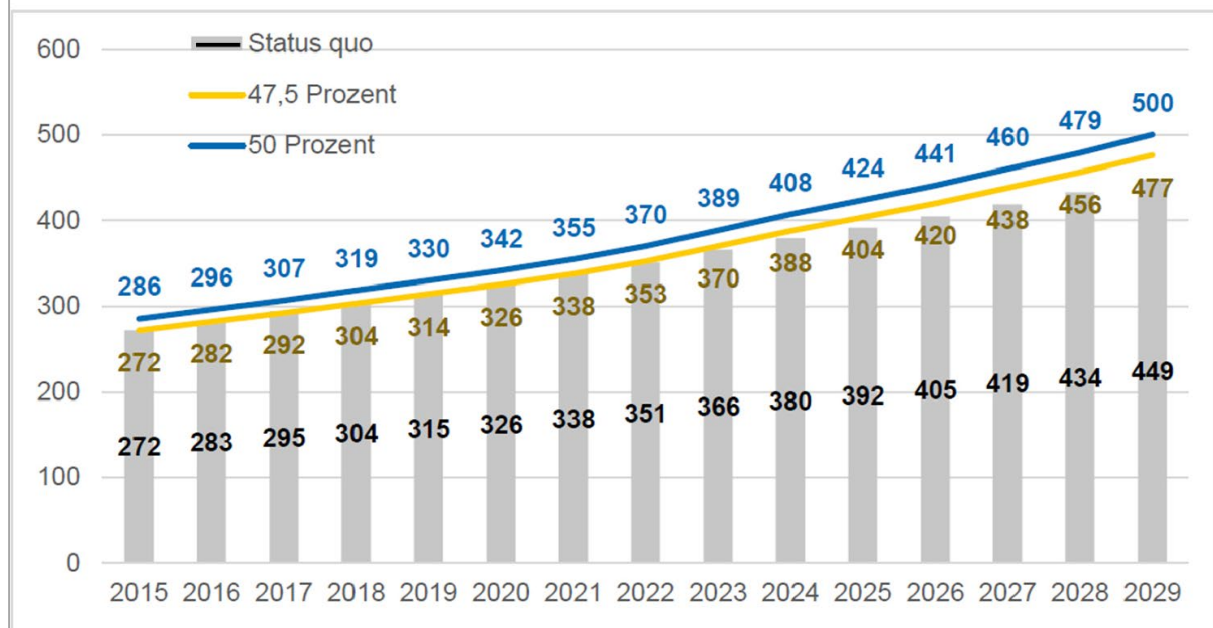
Quellen: Europäische Kommission (2015), The 2015 Ageing Report: Economic and budgetary projections for the 28 EU Member States (2013-2060), European Economy 3/2015, Brüssel. USA: United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2017), World Population Prospects: The 2017 Revision.



326 Im **Schaubild 1** (Veränderung des Altenquotienten in EU/USA 2013 – 2050) ist die Verän-  
327 derung des Altersquotienten für Deutschland, einige EU-Länder, der EU28 insgesamt  
328 und der USA dargestellt. Markant tritt dabei die zukünftige Vergrößerung der Rentnerpopulation  
329 im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in allen Ländern in Erscheinung. Bes-  
330 onders markant zeigt sich jedoch diese Entwicklung für Deutschland und dies insbesondere  
331 in der Zeitspanne von heute bis zur Mitte der 30er Jahre (fett gezeichnete rote Kurve). Wäh-  
332 rend derzeit die Kohorte der Über-65-Jährigen kleiner als 40 % bezogen auf die Bevölke-  
333 rungszahl der Erwerbsgenerationen ist, wird sie in nur 15 Jahren auf 60 % anwachsen. Wie  
334 aus dem Schaubild ersichtlich, findet sich diese Steigerung des Quotienten und dies in so na-  
335 her Zeit in keinem anderen zum Vergleich herangezogenen Land. D. h. von dieser unter dem  
336 Gesichtspunkt der Finanzierungslast von Renten im Umlagesystem sich darbietende Ver-  
337 schlechterung der demographischen Situation ist kein Vergleichsland so gravierend betroffen  
338 wie Deutschland.

339 In Vorausschau auf diese Entwicklung wurde der damaligen „Rürup-Kommission“ folgend in  
340 den Jahren 2002/2003 von der Politik ein sog. demographischer Faktor in die Rentenbe-  
341 rechnungsformel eingebaut, welcher einen Interessenausgleich zwischen den Generationen  
342 im Erwerbs- und im Rentenalter herstellen sollte.

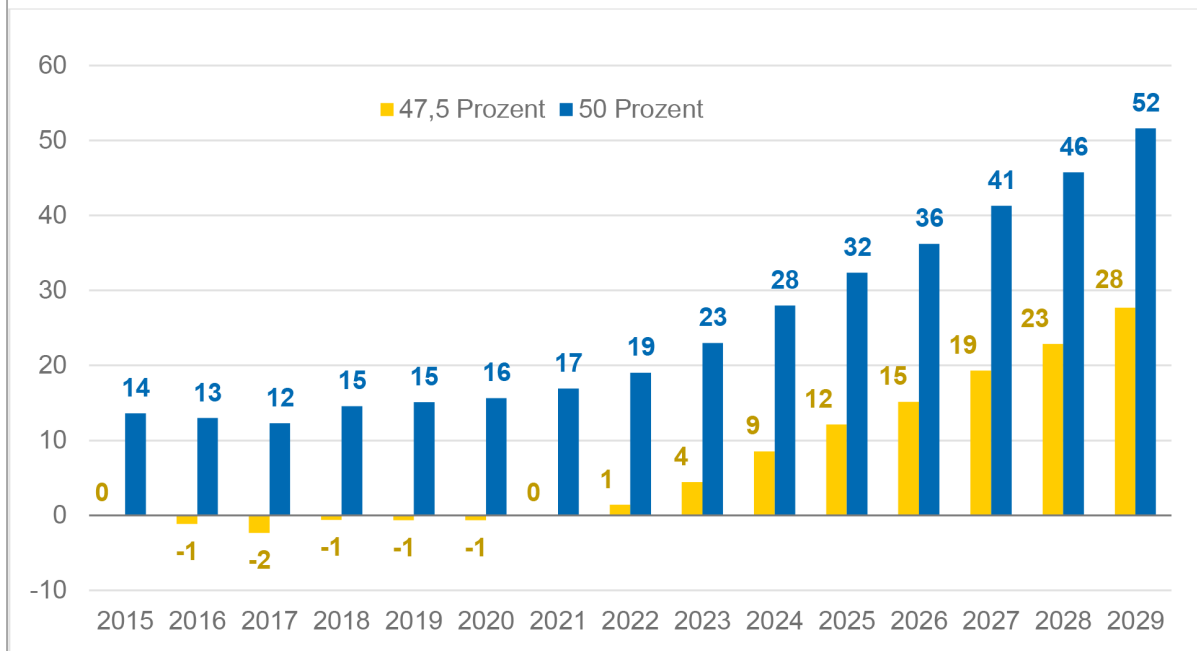
## Ausgabenentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung in 3 Szenarien:



343 Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft

344 Im **Schaubild 2** ist die Ausgabenentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung von 2015  
 345 bis 2029 dargestellt (Quelle: Rentenbericht BMAS 2015). Das Status quo-Szenario (graue  
 346 Säulen mit dunklen Zahlen) zeigt den zeitlichen Ablauf nach den Regeln des geltenden Ren-  
 347 tenrechts und bestimmten Hochrechnungen zu Wirtschafts- und Lohnentwicklungen. Ihm  
 348 liegt eine leichte Absenkung der sog. Eckrente (ein fiktives Nettorentenniveau, das erzielt  
 349 wird nach 45-jähriger Beschäftigung mit durchschnittlicher Entlohnung, ausgedrückt in Pro-  
 350 zent des Durchschnittsverdienstes aller AN nach Abzug der Arbeitnehmersozialbeiträge) von  
 351 rund 47 auf 44 % zugrunde. Die gelbe bzw. die blaue Linie zeigen die Ausgaben für den Fall,  
 352 dass das Eckrentenniveau bei 47,5 Prozentpunkten eingefroren wird bzw. auf 50 Prozent-  
 353 punkte erhöht wird.

**Abbildung 4-3: Zusätzliche Ausgaben der Gesetzlichen Rentenversicherung**  
gegenüber der mittleren Variante des Rentenversicherungsberichts bei einem garantierten Sicherungsniveau vor Steuern von ... Prozent, in Milliarden Euro



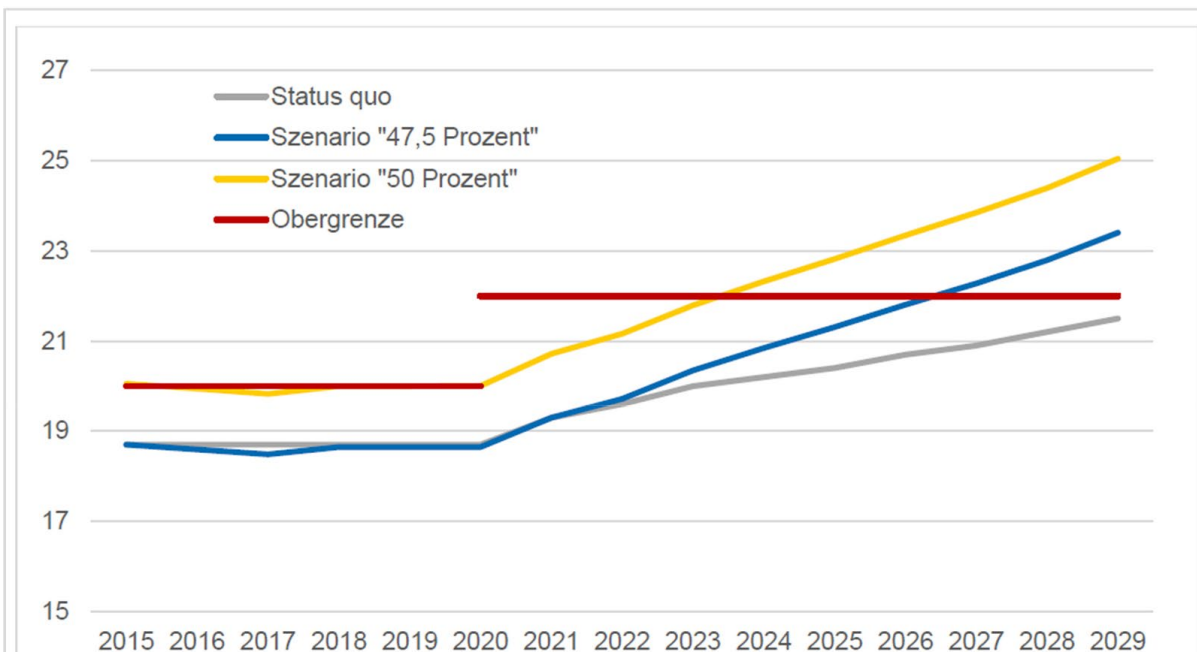
Auf der Basis der Annahmen für die mittlere Variante (und das mittlere Beschäftigungsszenario) des Rentenversicherungsberichts der Bundesregierung 2015.

Quellen: BMAS 2015, 37 ff.; eigene Berechnungen

354

355 Im **Schaubild 3** sind die zusätzlichen jährlichen Ausgaben in Milliarden Euro für die Szenarien 47,5 und 50 noch einmal gesondert dargestellt.  
356

Beitragssatzentwicklung der 3 beschriebenen Szenarien:



Auf der Basis Annahmen für die mittlere Variante (und das mittlere Beschäftigungsszenario) des Rentenversicherungsberichts der Bundesregierung 2015; Status-quo-Szenario: Sicherungsniveau vor Steuern sinkt bis auf 44,6 Prozent im Jahr 2029.

Quellen: BMAS 2015, 37 ff.; eigene Berechnungen

357

358 Im **Schaubild 4** wird die Steigerung der Beitragssätze der Rentenversicherung dargestellt  
359 für das Status quo-Szenario und die beiden Varianten 47,5 bzw. 50 Prozent bei der Eckrente.  
360 Die Endpunkte der Umlagesätze für diese Fälle liegen dann gegenüber heute (18,7 % der  
361 Bruttolöhne) bei knapp über 23 bzw. 25 Prozent. Die Anhebung der Beitragssätze belastet die  
362 Beitragszahler pro Beitragspunkt mit 13 Mrd. Euro und erhöht damit die Einnahmen der  
363 Rentenversicherung um den jeweiligen Betrag.

## 364 Reform der Rentenversicherung

### 365 1. Freiheit beim Renteneintritt

366 Der Renteneintritt ist eine höchst individuelle Entscheidung. Manche gehen in ihrer Arbeit  
367 auf, haben großen Spaß daran und wollen so lange wie möglich arbeiten. Andere haben für  
368 ihren Lebensabend andere Pläne, wollen mehr Zeit mit dem Partner verbringen, auf Reisen  
369 gehen oder sich um die Enkelkinder kümmern. Wir wollen deshalb das Eintrittsalter  
370 freigeben und jedem ermöglichen, zum individuellen Wunschzeitpunkt den Ruhestand  
371 anzutreten. Die Rentenhöhe hängt dabei von den eingezahlten Beiträgen und dem  
372 Renteneintritt ab. Wer länger arbeitet, bekommt entsprechend mehr Rente.

373 Zur Berechnung der Rentenhöhe wird ein Regel-Rententalter eingeführt, das dem aktuellen  
374 Renteneintrittsalter entspricht und stufenweise auf 67 angehoben wird. Wer früher in den  
375 Ruhestand geht, muss entsprechende Abschläge in Kauf nehmen. Wer 45 Beitragsjahre  
376 aufweisen kann, geht abschlagsfrei in den Ruhestand. Wer auf der anderen Seite über das  
377 Regel-Rententalter hinaus arbeitet, sammelt weitere Rentenpunkte und bekommt  
378 entsprechend eine höhere Rente.

379 Das allgemeine Rentenniveau muss sowohl die Interessen der arbeitenden Bevölkerung als  
380 auch der Rentner berücksichtigen und einen Ausgleich schaffen. Es muss deshalb auf  
381 Grundlage der Lebenserwartung und des Beitragsaufkommens kontinuierlich angepasst  
382 werden.

### 383 2. Altersarmut verhindern

384 Wer lange in die Rentenkasse eingezahlt hat, sollte auch bei einem geringeren Einkommen  
385 bessergestellt werden als Personen, die größtenteils arbeitslos waren. Dies wird erreicht,  
386 indem nur die Hälfte der Altersrente auf die Grundsicherung im Alter angerechnet wird. Auf  
387 diese Weise wird Altersarmut verhindert oder zumindest deutlich verringert. Während der  
388 Erwerbsphase lohnt es sich damit, auch Tätigkeiten mit geringem Einkommen anzunehmen,  
389 aus denen ja teilweise auch höherbezahlte Beschäftigungsverhältnisse entstehen. Soziale  
390 Gerechtigkeit ist ein integraler Bestandteil der AfD-Politik, muss aber immer auch zur  
391 Eigenverantwortung anregen.

### 392 3. Abschaffung der Politikerpensionen

393 Arbeitnehmern, die 45 Jahre und länger für eine Altersversorgung arbeiten müssen, ist es  
394 nicht vermittelbar, dass Politiker bereits nach wenigen Jahren im Staatsdienst hohe  
395 Pensionsansprüche sammeln. Das ist vor allem kritisch, weil die Nutznießer dieser Gesetze  
396 selbst darüber bestimmt haben. Damit muss Schluss sein. Politiker sollen wie andere  
397 Arbeitnehmer auch in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Damit könnte auch die  
398 Politikverdrossenheit reduziert werden, weil die Ruhestandsregelung der Politiker ebenfalls  
399 für die Mehrheit der Erwerbstätigen gelten würde.

#### 400 4. Einbeziehung neu eingestellter Staatsbediensteter durch Reduzierung des 401 Beamtenstatus auf originär hoheitliche Aufgaben

402 Beamte sind das Rückgrat der deutschen Verwaltung und eine wesentliche Stütze für das im  
403 internationalen Vergleich hervorragende deutsche Staatswesen. Die hohe Loyalität der  
404 Beamten beruht auf Gegenseitigkeit und ist eng mit den Pensionen verbunden. Die AfD  
405 möchte diese deshalb beibehalten, allerdings die Verbeamtung auf rein hoheitliche Aufgaben  
406 beschränken, wie z.B. bei Bundeswehr, Zoll, Polizei, Finanzverwaltung und Justiz. Auf diese  
407 Weise wird ein Großteil der künftigen Staatsbediensteten in die gesetzliche  
408 Rentenversicherung aufgenommen.

#### 409 5. Altersvorsorge für Selbständige

410 Die Einkommensspanne bei Selbständigen reicht von unauskömmlichen  
411 Einkommensverhältnissen bis hin zu Spitzenverdiensten. Um eine mögliche, spätere  
412 Abhängigkeit von der Grundsicherung im Alter zu verhindern, soll für Selbständige eine  
413 Altersvorsorge eingeführt werden. Selbständige werden insofern grundsätzlich in die  
414 Gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen, können aber bei Nachweis einer privaten  
415 Altersvorsorge austreten bzw. die Beitragszahlungen suspendieren (opt-out Möglichkeit).

#### 416 6. Lastengerechtigkeit zwischen Familien und Kinderlosen herstellen

417 Wie bereits im Demografieteil erläutert wurde, existiert eine erhebliche Ungerechtigkeit bei  
418 der Verteilung der Lasten zwischen Familien und Kinderlosen. Die Familien tragen die  
419 Lasten der Kindeserziehung, die späteren Leistungen der Kinder, insbesondere in der  
420 Rentenversicherung, kommen aber vor allem den Kinderlosen zu Gute. Die AfD möchte hier  
421 einen Ausgleich herstellen, indem Familien für jedes Kind 30.000 € Beiträge der Eltern zu  
422 Rentenversicherung aus Steuermitteln erstattet bekommen, ohne dass sich die  
423 Rentenansprüche dadurch verringern. Wurden noch keine Beiträge in entsprechender Höhe  
424 gezahlt, erfolgt eine Anrechnung auf zukünftige Rentenbeiträge. Die Eltern werden dadurch  
425 in dem Lebensabschnitt unterstützt, in dem die Kosten für die Kinder anfallen und ggf. ein  
426 Elternteil vollständig oder teilweise auf das Erwerbseinkommen verzichtet. Dies wird nicht  
427 nur die Entscheidung für ein (weiteres) Kind vereinfachen, sondern insgesamt viel  
428 Leistungsdruck aus den Familien nehmen und damit die Trennungsquote reduzieren.

#### 429 7. Private Vorsorge stärken

430 Seit den 2000er Jahren werden in Deutschland Formen der privaten Altersvorsorge staatlich  
431 gefördert. Die Förderungsstruktur von Riester-, Rürup- und Eichel-Rente lässt den Sparern  
432 jedoch nur geringe Entscheidungsfreiräume bei der Ausgestaltung ihrer Sparpläne und  
433 bringt überdies hohe Bürokratiekosten mit sich. Die Sparanreize, die der Staat auf diese  
434 Weise setzt, sind ineffektiv. Daher sollte diese Art der Einkommensteuerbefreiung bei der  
435 kapitalgedeckten Altersvorsorge auslaufen und durch flexiblere sowie unbürokratischere  
436 Modelle ersetzt werden. Insbesondere sollten Sparer im Rahmen dieser Modelle frei  
437 entscheiden können, wie sie ihr Geld während der Ansparphase anlegen und die Mittel nach  
438 Erreichen des Rentenalters nutzen. Pro geborenem Kind mit deutscher Staatsangehörigkeit  
439 und Lebensmittelpunkt in Deutschland soll der Staat außerdem eine zusätzliche Einzahlung  
440 in Höhe von € 100,- pro Monat bis zum 18. Lebensjahr in die Spardepots der jeweiligen  
441 Kinder tätigen. Die Auszahlung der angesparten Summen ist vor dem Erreichen des  
442 Renteneintrittsalter nur für einen bildungsförderlichen Zweck zulässig.

443 Der Text, der den Systemstreit beenden und befrieden soll, lautet:

444 „Sobald sich der Altersquotient annähernd stabilisiert hat, die Auswirkungen der Digitalisie-  
445 rung erkennbar geworden sind, die demographische Krise der 2030er und 2040er Jahre  
446 überwunden ist und wieder eine stabile Währung existiert, besteht Spielraum für weitere Re-  
447 formen. Dabei sind auch Alternativen zum umlagefinanzierten Rentensystem zu prüfen.  
448 Denn: In Zeiten einer sich rasant ändernden Arbeitswelt mit zunehmender Digitalisierung,  
449 Auflösung tradierter Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen und disruptiver Lebensläufe  
450 stellt sich die Frage, ob ein Umlagesystem, welches auf einer starren Unterscheidung in um-  
451 lagepflichtige und umlagebefreite Tätigkeiten beruht, noch tauglich ist. Unsere Partei wird  
452 auch in dieser Frage grundsätzlichen Reformen ergebnisoffen begegnen.

453 Welches Konzept die richtige Antwort auf die zweite Hälfte des Jahrhunderts ist, muss die  
454 nächste Generation der AfD entscheiden. Vor uns liegt die Bewältigung der von den bisher  
455 Verantwortung tragenden Parteien verursachten akuten Altersarmut für unsere Eltern, Groß-  
456 eltern und uns selbst!“

457 **Alter Text:**

458 „In Zeiten einer sich rasant ändernden Arbeitswelt mit zunehmender Digitalisierung,  
459 Auflösung tradierter Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen und disruptiver Lebensläufe  
460 stellt sich die Frage, ob ein Umlagesystem langfristig zukunftsfähig ist, welches auf einer  
461 starren Unterscheidung in umlagepflichtige und umlagebefreite Tätigkeiten beruht. Die AfD  
462 hat an dieser Stelle den Mut, langfristig ein bisher bewährtes, konzeptionell aber  
463 überkommenes Umlagesystem für die Altersvorsorge abzulösen und durch eine  
464 steuerbasierte Altersvorsorge zu ersetzen. Eine steuerbasierte Altersvorsorge hat die  
465 Vorteile, dass der Faktor Arbeit entlastet und durch Automatisierung und Digitalisierung  
466 entstandene Wertschöpfung in die Finanzierung einbezogen wird, sie bezieht alle  
467 Gesellschaftsschichten ein und bedarf keiner eigenen Verwaltungsstruktur. Grundgedanke  
468 dieses steuerbasierten Systems ist die Idee, dass alle Steuerzahler auf der einen Seite die  
469 Altersversorgung der Rentnergeneration finanzieren und dadurch auf der anderen Seite  
470 Ansprüche auf eigene Leistungen im Alter aufbauen. Für Anspruchsberechtigte wird eine  
471 Grundrente gezahlt, die deutlich über dem Niveau der Grundsicherung liegt. Auf diese  
472 Weise wird die aktuell zu beobachtende Altersarmut weiter Bevölkerungsschichten in  
473 Zukunft verhindert. Ein derartiges System kann nur zusammen mit einer grundlegenden  
474 Steuerreform realisiert werden, welche die unüberschaubaren Steuerarten und -  
475 ausnahmen durch ein einfaches Grundsystem mit wenigen Steuerarten und fast ohne  
476 Ausnahmetatbestände ersetzt.“

477

## Leitlinien zur Gesundheitspolitik

478

### 1. Gesetzliche und Private Krankenversicherung (GKV und PKV) stabilisieren.

479

480 Das derzeitige „Duale System“ aus Gesetzlicher (GKV) und Privater (PKV) Krankenversiche-  
481 rung muss erhalten bleiben. Die Versicherung über die PKV ist ein privatwirtschaftlicher Ver-  
482 trag zwischen zwei Parteien, der aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht einfach aufgehoben  
483 werden kann. Der Wettbewerb zwischen GKV und PKV um Versicherte mit einem Ein-  
484 kommen oberhalb der Versicherungspflichtgrenze ist sinnvoll. Will die GKV nämlich verhin-  
485 dern, dass diese „Besserverdienenden“ durch attraktive Angebote zur PKV abwandern, darf  
486 das Leistungsangebot der GKV nicht allzu sehr von der PKV abweichen. Das Leistungsange-  
487 bot der GKV kommt aber allen Versicherten zugute, weshalb auch alle von diesem Wettbe-  
488 werb profitieren. Ohne Wettbewerb besteht die Gefahr, dass das Leistungsangebot der GKV  
489 bei finanziellen Schief lagen nach unten angepasst wird. Es würde sich in einer „Einheits-  
490 kasse“ zur „Holzklasse“ entwickeln.

491

### 2. Prüfwesen verbessern: Medizinischer Dienst im Gesundheitswesen MDG ersetzt MD.

492

493 Wir wollen den Prüfdienst der ambulanten Versorgung und den MD ("Medizinischer Dienst  
494 der Krankenkassen") in einem neu zu schaffenden MDG auf Länderebene zusammenfassen  
495 und mit erweiterten Kompetenzen versehen. Ziel dieses neuen MDGs ist die Gewährleistung  
496 von Versorgungsqualität UND Kostenkontrolle. Der MDG soll unabhängig von Kostenträgern  
497 und Leistungserbringern sein. Diese Unabhängigkeit muss durch eine organisatorische Selb-  
498 ständigkeit sowie durch eine paritätische Finanzierung, Organisation und Verwaltung (Kos-  
499 tenträger und Leistungserbringer) sichergestellt sein.

500

### 3. Ambulante Versorgung effektiver gestalten.

501

#### **Patientenversorgung verbessern - Wartezeiten verkürzen - Budgetierung beenden.**

502

503 Die Probleme einer alternden Gesellschaft, die mehr medizinische Betreuung braucht, darf  
504 man nicht durch eine Begrenzung von Behandlungskapazitäten lösen. Vor allem, wenn die  
505 Wartezeiten auf ambulante Behandlungen schon heute unzumutbar lang sind. Die Aufhebung  
506 dieser Budgetierung und die Einführung einer Einzelleistungsvergütung in der GKV sind des-  
507 halb unerlässlich. Um einer nicht medizinisch notwendigen Behandlungsausweitung entgegen  
508 zu wirken, setzen wir auf folgende Maßnahmen:

509

- Angebot von "Gleitenden Bonussystemen" für Patienten mit gestaffelten Beitrags-Rück-  
510 vergütungen.

511

- Prüfungen durch den neu zu schaffenden Medizinischen Dienst im Gesundheitswesen -  
512 MDG

513

Zur Gegenfinanzierung des übrigen finanziellen Mehrbedarfs wollen wir:

514

- Überversorgung beseitigen: Z.B. durch Zielvereinbarungen zwischen Kassen und KVen  
515 Medikamenten~~über~~versorgungen verringern.

516

- den finanziellen Mehrbedarf durch Übergangsregelungen stufenweise anpassen.



## 517 4. Stationäre Versorgung sichern.

### 518 4.1 Das unflexible Abrechnungssystem „DRG-Fallpauschalen“ sinnvoll ersetzen.

519 Die Verweildauern der Patienten wurden durch das DRG-Abrechnungssystem zwar deutlich  
520 gesenkt. Es verursacht aber Ungleichgewichte, die insbesondere die Krankenhäuser in der  
521 Fläche und die Universitätskliniken in wirtschaftliche Bedrängnis bringen. Wir fordern, das  
522 DRG-System durch Klinik-Individualvereinbarungen zu ersetzen. Diese Individualvereinba-  
523 rungen zwischen Kliniken und den Krankenkassen-Verbänden eines Bundeslandes werden  
524 auf der Basis folgender Kriterien getroffen: Der klinischen Leistungen, der Prüfungsergeb-  
525 nisse des MDG, dem Versorgungsbedarf der Bevölkerung (insbesondere auch auf dem Land)  
526 und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Krankenhauses.

### 527 4.2 Stationäre medizinische Versorgung im ländlichen Raum erhalten.

528 Aus Kostengründen werden immer mehr Krankenhäuser in ländlichen Gebieten geschlossen,  
529 insbesondere Geburtshilfestationen und Kinderstationen abgebaut. Wir fordern den Erhalt  
530 einer flächendeckenden Versorgung nach dem objektiven Bedarf anstelle einer Kosten-Nut-  
531 zen-Bilanz.

### 532 4.3. Privatisierungen von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen begrenzen.

533 Die zunehmende Privatisierung von Akutkrankenhäusern und stationären Pflegeeinrichtun-  
534 gen sehen wir kritisch. Eine leistungsfähige stationärmedizinische Infrastruktur muss primär  
535 Aufgabe der öffentlichen Hand bleiben. Ab einem bestimmten Privatisierungsgrad (z.B. ab  
536 40%) in einem Bundesland muss der Gesetzgeber regulierend einschreiten.

## 537 5. Arzneimittelversorgung verbessern.

### 538 5.1 Verfügbarkeit und Sicherheit von Arzneimitteln in Deutschland gewährleisten.

539 Lieferengpässe, Versorgungslücken und Arzneimittelskandale in Deutschland bedürfen drin-  
540 gend einer Beseitigung. Sie sind durch systembedingte Fehlentwicklungen bedingt, denen die  
541 AfD mit folgenden Forderungen begegnet:

- 542 - Arzneimittel und Produktionsvorstufen für Deutschland dürfen ab 2030 nur noch inner-  
543 halb der EU, der Schweiz, Großbritannien, USA oder Kanada produziert sein.
- 544 - Die für Apotheken verpflichtende Importquote für Arzneimittel wird umgehend ersatzlos  
545 gestrichen.
- 546 - Der Arzneimittelgroßhandel wird verpflichtet, versorgungsrelevante Arzneimittel mindes-  
547 tens für einen Zwei-Monatsbedarf vorrätig zu halten.
- 548 - Monopole in der Arzneimittelherstellung verursachen erhebliche Risiken für die Arznei-  
549 mittelqualität und die -verfügbarkeit. Da Rabattverträge dafür Mitursache sind, sind sie  
550 abzuschaffen und durch Ausweitungen des Festbetragsmarktes, der auch rückwirkenden  
551 Erweiterung der Nutzenbewertung von Medikamenten auch des patentgeschützten Markts  
552 und durch Anpassungen der Herstellerrabatte zu ersetzen.

### 553 5.2 Mehrwertsteuer auf Arzneimittel absenken.

554 Zur zusätzlichen Gegenfinanzierung fordern wir die Absenkung der Mehrwertsteuer von 19%  
555 auf 7% (wie in 25 der 27 EU-Staaten üblich). Wir wollen die Wertigkeit der Arznei- an die der  
556 Lebensmittel angleichen.

### 557 5.3 Verbot des Versandhandels mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln.

558 Für die Gewährleistung der flächendeckenden und qualifizierten Versorgung mit Arzneimit-  
559 teln müssen die inhabergeführten Apotheken erhalten bleiben. Apotheken finanzieren sich  
560 im Wesentlichen durch den Handel mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln. Dieses Geschäftsfeld  
561 wird durch ausländische Versandapotheken bedroht, die im Gegensatz zu inländischen Apo-  
562 theken Boni und Rabatte sowie ihre ermäßigte Mehrwertsteuer an die Kunden weitergeben  
563 dürfen und keine Kosten für Nachtdienste und Rezepturen haben. Bei Pandemien und ande-  
564 ren Katastrophenfällen bietet nur das Netz der in Deutschland stationären „Vor-Ort-Apothe-  
565 ken“ eine weiterhin sichere Versorgung der Bevölkerung. Wir lehnen daher den Versandhan-  
566 del mit rezeptpflichtigen Medikamenten ab.

### 567 6. Pflegeversicherung sozialverträglicher gestalten.

#### 568 **Soziale Pflegeversicherung und Gesetzliche Krankenversicherung zusammenle-** 569 **gen.**

570 Die Soziale Pflegeversicherung (SPV) gibt lediglich einen definierten Zuschuss zu den Pflege-  
571 kosten. Bei Pflegebedürftigen und deren Angehörigen verbleiben beträchtliche Eigenleistun-  
572 gen, die viele an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit führen. Deshalb wollen wir in der Pflege-  
573 versicherung einen Steuerzuschuss analog dem der GKV einführen. Wir befürworten eine Zu-  
574 sammenlegung von GKV und SPV, auch um Schnittstellenprobleme zu beheben.

### 575 7. Pflegeversicherung sozialverträglicher gestalten.

#### 576 7.1 Pflegenotstand – Den Kollaps verhindern.

577 Die Verweildauer der Patienten im Krankenhaus ist erheblich gesunken. Gleichzeitig ist der  
578 Kostendruck in Kliniken, Rehabilitations- und Pflegeeinrichtungen gestiegen. Dies führt im  
579 Pflegebereich zu deutlicher Überlastung, zu Bürokratie, zu Demotivation, zu Kündigungen, in  
580 Folge zu Personalnot und weiteren Kündigungen. Ein Kollaps bahnt sich an.

581 Die AfD will diese Entwicklung mit folgenden Lösungen aufhalten:

- 582 - Aufwertung des Berufsbildes der examinierten Pflegekraft durch eine faire Bezahlung  
583 über einen Flächentarifvertrag, nach Struktur des öffentlichen Dienstes, mit steuerfreien  
584 Nacht-, Sonn-, und Feiertagszuschlägen.
- 585 - Entlastung bei fachfremden Tätigkeiten, wie z.B. Dokumentationspflichten.
- 586 - Eine verbindliche, bundeseinheitliche, gesetzliche Personalbemessung für alle Pflegebe-  
587 reiche mit entsprechenden Personaluntergrenzen.
- 588 - Regelmäßige Überprüfungen der Ergebnisqualität und der Abrechnungen in Pflegeein-  
589 richtungen.
- 590 - Förderung der Ausbildung zur examinierten Pflegefachkraft durch das Jobcenter, insbe-  
591 sondere für Pflegehelfer.
- 592 - Einführung eines „Gemeinschaftsdienst-Jahres“ für alle Schulabgänger, welches im Pfl-  
593 egebereich, im technischen Hilfswerk, bei der Feuerwehr oder der Bundeswehr absolviert  
594 werden kann.

#### 595 7.2 Pflegekammer ablehnen.

596 Da kein Mehrwert für die Pflegenden vorhanden ist, lehnen wir die Zwangsmitgliedschaft in  
597 Pflegekammern ab.

### 598 7.3 Häusliche Pflege fördern.

599 75% der Pflegebedürftigen bevorzugen die häusliche Unterbringung. Sie ist nicht nur aus so-  
600 zialen, sondern auch aus finanziellen Gründen weitaus günstiger. Die stationäre Pflegebe-  
601 dürftigkeit ist so weit als möglich hinauszuschieben. Die Unterstützung von pflegenden Ange-  
602 hörigen ist moralisch und wirtschaftlich geboten durch die weitgehende Angleichung des  
603 Pflegegeldes. Tagespflegeplätze oder Urlaubshilfen bieten organisatorische Unterstützung.  
604 Zu fördern sind Mehrgenerationen-Wohnformen.

### 605 7.4 Kurzzeit-Pflegeplätze in Krankenhäusern schaffen.

606 Im Anschluss an eine Krankenhausbehandlung fehlen oft Kurzzeit-Pflegeplätze, sodass Pati-  
607 enten länger als notwendig in Krankenhäusern verbleiben. Dieser Aufwand wird aber bei der  
608 fehlenden stationären Behandlungsbedürftigkeit nicht vergütet. Wir wollen die gesetzliche  
609 Grundlage für Kurzzeitpflegeplätze in Krankenhäusern schaffen.

### 610 8. Kompetenz von ausländischem Personal für das Gesundheitswesen ge- 611 währleisten.

612 Die Beschäftigung von ausländischem Personal, das sprachliche oder fachliche Defizite auf-  
613 weist, kann die Patientensicherheit beeinträchtigen. Ärzte, Apotheker, Pflegekräfte und  
614 Therapeuten aus dem Ausland müssen über gute Sprachkenntnisse (C1) verfügen. Es muss  
615 sichergestellt werden, dass die fachliche Qualifikation uneingeschränkt dem deutschen Stan-  
616 dard genügt. Immigranten von außerhalb der EU haben die vorhandenen deutschen Examina  
617 bzw. Staatsprüfungen zu absolvieren (z.B. Ärzte das 3. medizinische Staatsexamen).

### 618 9. Infektionsschutz verbessern und Epidemien verhindern.

619 Mit Beginn der Flüchtlingskrise 2015 ist ein deutlicher Anstieg meldepflichtiger Infektions-  
620 krankheiten, auch mit resistenten Erregern, zu verzeichnen: Von 4.900 Tuberkulose-Neuin-  
621 fektionen pro Jahr entfallen ca. 1.300 auf Migranten. Bis heute gibt es in der EU keine ein-  
622 heitlichen, obligaten Untersuchungen für Migranten. Zum Schutz der Migranten, des medizi-  
623 nischen Personals UND der einheimischen Bevölkerung wollen wir ein einheitliches Gesund-  
624 heitsschutzprogramm, für das der EU-Zutrittsstaat zuständig ist. Es umfasst alle melde-  
625 pflichtigen Erkrankungen, wie z.B. TBC, HIV, Hepatitis, parasitäre Darmerkrankungen,  
626 Lues, ansteckende Hauterkrankungen, Masern, Polio und wird nach Aktualität angepasst.  
627 Untersuchungsergebnisse sowie der aktuelle Gesundheitsstatus werden auf einem biometri-  
628 schen Gesundheitspass dokumentiert. Der freie Zugang zu Veröffentlichungen des Robert-  
629 Koch-Instituts zu meldepflichtigen Infektionskrankheiten, die 2018 ausgesetzt wurden, ist zu  
630 gewährleisten.

### 631 10. Mögliche Gesundheitsgefahren des Mobilfunkstandards 5G erkennen.

632 Die AfD fordert eine wissenschaftliche, unabhängige, multizentrische Untersuchung auf  
633 Langzeitwirkungen des neuen Mobilfunkstandards 5G mit Gesundheitsrisiken, wie z.B.  
634 Krebspromotionen und Genveränderungen. Dies hat zwingend vor einem flächendeckenden  
635 Ausbau stattzufinden (Moratorium). Die Grenzwerte für Mobilfunk müssen unter Einbezug  
636 aller medizinisch-biologischen Wirkungen auf den menschlichen Organismus durch indust-  
637 rieunabhängige Untersuchungen neu definiert werden.

638 11. Gesundheitliche Auswirkungen von Infraschall durch Windenergiean-  
639 lagen (WEA) klären.

640 Nachvollziehbare Auswirkungen des Infraschalls auf die Gesundheit von Mensch und Tier  
641 sind vielfach beschrieben. Wir fordern, mögliche gesundheitsschädliche Auswirkungen von  
642 Windenergieanlagen wissenschaftlich unabhängig untersuchen zu lassen. Bis zur endgültigen  
643 Klärung hat Gesundheitsschutz Vorrang vor anderen Interessen und sind weitere WEA nicht  
644 zu errichten (Moratorium). Auch sind bis dahin WEA mit einem Abstand von weniger als 2,5  
645 km zur nächsten Bebauung zwischen 20.00h und 06.00h abzuschalten. Bei einer nachgewie-  
646 senen Gesundheitsgefährdung müssen WEA binnen 3 Monaten zurückgebaut werden bzw.  
647 dauerhaft abgestellt werden.